

Internetquellen zur Diplomarbeit:

„Der Einfluss des EuGH auf das nationale Steuerverfahrensrecht“

Verzeichnis der Internetquellen:

- I. Rede von Außenminister Heiko Mas: Mut zu Europa
- II. Plan der EU-Kommission zur Abschaffung der Einstimmigkeit in der Steuerpolitik
- III. Rede von Bundesfinanzminister Olaf Scholz
- IV. Zitat Konrad Adenauer

I. Rede von Außenminister Heiko Maas: „Mut zu Europa – #EuropeUnited“

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420>
(Abrufdatum: 19.01.2019)

#EuropeUnited

13.06.2018 - Rede

Wie kann Europa sich behaupten in einer durch Nationalismus, Populismus und Chauvinismus radikalisierten Welt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

und vor allem: liebe Mit-Gastgeber von „Pulse of Europe“ und der Schwarzkopf-Stiftung,

Wie kann Europa sich behaupten in einer durch Nationalismus, Populismus und Chauvinismus radikalisierten Welt?

Um diese Frage kreisen meine Gedanken, wenn ich in diesen Tagen über Deutschlands Rolle in Europa nachdenke.

Und diese Frage – sie schwingt auch immer mit, wenn ich mit meinen europäischen Kollegen spreche, und selbstverständlich auch bei meinen Besuchen in Moskau, in Washington, in Afrika oder im Nahen Osten.

Donald Trumps egoistische Politik des „America First“,

Russlands Angriffe auf Völkerrecht und Staatensouveränität und

die Expansion des Giganten China.

Die Weltordnung, die wir gekannt, an die wir uns gewöhnt und in der wir es uns manchmal auch bequem gemacht haben, sie besteht nicht mehr.

Alte Verlässlichkeiten zerbröseln in neue Krisen und jahrzehntelange Allianzen werden im Twitter-Takt in Frage gestellt.

Lange waren die USA die Führungsmacht der freien Völker. 70 Jahre lang traten sie ein für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit bei uns in Europa.

Vor wenigen Tagen habe ich erklärt, dass wir auf die jüngsten Entscheidungen der Vereinigten Staaten mit entsprechenden Gegenmaßnahmen reagieren werden.

Glauben Sie mir: Dass ein deutscher Außenminister jemals in die Situation gerät, so etwas zu sagen – das hätte ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorgestellt.

Aber unter Präsident Trump ist der Atlantik breiter geworden und Trumps Isolations-Politik hat weltweit ein riesiges Vakuum hinterlassen – und das spüren wir nach dem G7-Gipfel ganz besonders.

Wer wird dieses Vakuum füllen? Autoritäre Mächte? Überhaupt niemand?

Oder wird die Europa-Fahne das neue Banner der freien Welt, so wie es einst die stars and stripes der USA waren?

Die Antwort darauf muss auch aus Deutschland kommen.

Ja, in der Analyse sind wir hier ganz besonders stark: Es gibt in diesen Tagen kaum einen Zeitungsartikel, kaum eine Politikeräußerung, in der nicht davon die Rede ist, dass es an Europa ist, den freien Handel, den Klimaschutz und die multilaterale Weltordnung zu retten. Und ja: Ich teile diese Analyse voll und ganz.

Die Dringlichkeit, mit der wir die Kraft Europas in der Welt bündeln müssen, ist heute größer denn je. Digitalisierung, Klimawandel, Migration und die sozialen Folgen der Globalisierung - diese weltweiten Phänomene lassen sich doch überhaupt nur dann in den Griff bekommen, wenn Europa mit der vereinten Kraft seiner 500 Millionen Menschen handelt.

Also worauf warten wir eigentlich noch? Wir dürfen nicht länger einfach bei diesen Erkenntnissen stehen bleiben! Wenn Europa nicht gemeinsam handelt, dann wird es bald nur noch be-handelt.

In zwanzig Jahren werden vermutlich neun Milliarden Menschen auf der Erde leben: Davon nur noch gut fünf Prozent in der EU. Das klingt wenig, aber fünf Prozent – das ist aber immer noch viel mehr als die Bruchteile von Prozentpunkten, die dann die nur noch einzelnen Staaten Europas ausmachen. Nur wenn diese fünf Prozent geeint sind, haben wir überhaupt noch die Chance, in dieser sich verändernden Welt irgendetwas mitgestalten zu können.

Deshalb muss unsere gemeinsame Antwort auf „America first“ heute lauten: „Europe united“!

Und dafür wird eine weitere Sammlung von Spiegelstrichen nicht reichen.

Damit wird man niemanden in oder für Europa begeistern.

Denn: Es geht um etwas anderes. Es geht um unsere Haltung zu Europa. Und ich bin fest davon überzeugt: Wir brauchen auch mehr Mut in Europa.

Mut, endlich entschlossen die Hand zu ergreifen, die uns der französische Präsident schon im letzten September ausgestreckt hat. Und zwar nicht im „multiple choice“-Verfahren, sondern mit eigenen Alternativen, dort wo wir andere Vorstellungen haben.

Mut, auch eine eigene Idee für Europas Zukunft zu präsentieren, die sich nicht in rein technokratischen Bedenken oder in leeren Bekenntnissen zur EU erschöpfen.

Und Mut, auch einige unserer eigenen Orthodoxien über Bord zu werfen, weil es dem großen Ganzen dient, denn nur so werden wir wirklich handlungsfähig bleiben.

Nationalismus und Abschottung, sie nähren sich auch von unserer Mutlosigkeit. Populisten brauchen die Angst und die Orientierungslosigkeit der Menschen, um ihre Scheinlösungen zu propagieren.

Mich lässt das nicht unberührt, ganz im Gegenteil, und nicht erst seit heute. Der neue Nationalismus tut mir in der Seele weh, und das liegt wohl auch daran, dass ich aus dem Saarland komme. Wer aus dieser Grenzregion stammt, der hat zu Europa eine ganz besondere Beziehung.

Als ich in Saarbrücken mein Studium begann, appellierte der damalige Präsident der Universität in der Eröffnungsvorlesung: Jeder von uns solle einmal allein einen Tag über die Grenze nach Frankreich fahren und auf den nicht weit entfernten Schlachtfeldern von Verdun in sich gehen.

Für Menschen, die den Krieg nur aus Geschichtsbüchern kennen, ist das eine echte Erfahrung.

Ich habe das tatsächlich damals auch gemacht. Ich habe mich aufs Motorrad gesetzt und bin an einem Morgen nach Verdun gefahren. Ich habe die endlosen Gräberfelder gesehen, die Landschaft, die noch immer von Granattrichtern entstellt ist, und das Beinhaus von Douaumont: Die Knochen von 130.000 deutschen und französischen Soldaten liegen dort; von Soldaten, die so zerfetzt waren, das niemand sie mehr identifizieren konnte.

Wer je Verdun gesehen hat, der weiß, welche einzigartige Friedensleistung die Europäische Union ist. Der begreift, welche großen Mutes es bedurfte, um wenige Jahre nach den Verheerungen von zwei Weltkriegen von Aussöhnung zu sprechen.

Um neue Begeisterung für Europa zu entfachen, wird es aber nicht ausreichen, unsere Geschichte, den Mut und die Weitsicht der Gründer Europas immer wieder zu beschwören.

Wir müssen im Hier und Jetzt fühlbar machen: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger! Gerade jetzt!

Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört eben auch die Feststellung: Der neue Nationalismus hat auch neue Gründe und dafür trägt die Politik vieler Regierungen Mitverantwortung. Eine Politik, die oft genug den Schwarzen Peter nach Brüssel schiebt, aber europäische Erfolge vor heimischem Publikum gern als eigene verkauft.

Viel zu lange haben wir zudem die Globalisierung und manche ihrer Auswüchse als eine Art Naturphänomen betrachtet, gegen die die Politik nichts tun konnte oder – aus einer neo-liberalen Ideologie heraus – nichts tun wollte.

Bankenkrise, Migrationsströme, die Verlagerung von Arbeitsplätzen – es sind auch diese Erfahrungen, die die Nationalisten und Populisten in Europa und auch jenseits von Europa gestärkt haben.

Es ist daher eine zentrale Aufgabe europäischer Politik, spürbar zu machen, dass die Globalisierung, die Erosion von Ordnungsstrukturen eben keine Naturphänomene sind, denen wir hilflos ausgeliefert sind. Dafür braucht es den Mut, die Europäische Union für das 21. Jahrhundert neu aufzustellen!

Viel Zeit dafür bleibt uns nicht. Aber es lohnt sich!

Meine Damen und Herren,

Der innere Zustand und die internationalen Aufgaben Europas – beides ist eng miteinander verknüpft. Nur Zusammenhalt und Einigkeit im Innern geben uns Stärke und Souveränität nach außen.

Deshalb brauchen wir ja auch ein großes Europa.

Ein Europa, das nicht differenziert zwischen kleineren und größeren Ländern, zwischen Zentrum und Peripherie.

Ein Europa, das weder am einstigen Eisernen Vorhang noch am Alpenkamm endet.

Nur wenige Meter von hier verlief bis 1989 die Berliner Mauer. Sie war die tödliche Grenze zwischen Ost und West.

Wenn wir Deutsche eine Lehre aus dieser Geschichte der Teilung gezogen haben, dann die, dass Mauern und Grenzen keine Sicherheit schaffen, sondern Freiheit, Wohlstand und Glück beschneiden. Diese Erfahrung haben schon viel zu viele Menschen gemacht.

Daher dürfen wir nicht zulassen, dass Europa heute in verschiedene Gruppen zerfällt und neue Grenzen errichtet. Wir müssen die Risse schließen, die in den letzten Jahren in unserer Union entstanden sind – zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost.

Und das muss unser deutsches Angebot an Europa sein: Wir wollen Trennendes überwinden! Wir wollen ein Garant sein für die innere Einheit und Stärke Europas, damit Europa die Hoffnungen der Europäerinnen und Europäer und die Erwartungen der Welt besser erfüllen kann.

Damit das gelingt, muss auch Deutschland sich bewegen. Der Grat zwischen Prinzipientreue und Starrsinn ist manchmal schmal, gerade in unserem Land. Wir müssen auch lernen, Europa stärker durch die Augen der anderen Europäer zu sehen, um die europäische Idee zu verstehen:

Da sind zum einen die Länder Mittel- und Osteuropas. Sie haben den Kollaps des Kommunismus und die totale Umwälzung ihrer Lebensverhältnisse erlebt.

Europa war für sie vor allem ein Versprechen von Freiheit und Wohlstand.

Europa hat beides geliefert, auch wenn wirtschaftlich noch immer eine Lücke klafft. Aber der Umgang Europas mit der Flüchtlingskrise hat bei vielen in Mittel- und Osteuropa das Gefühl der Fremdbestimmung geweckt – und ich verstehe, dass Menschen dort sensibel reagieren, wenn sie ihre neu gewonnene Souveränität und Identität betroffen sehen, auch wenn das nur gefühlt der Fall sein mag.

Natürlich darf Europa nicht hinwegsehen über Defizite des demokratischen Rechtsstaats, denn darauf gründet unsere Union.

Aber der behelende Zeigefinger aus Berlin erreicht sicher weniger, als kluge Angebote zum Interessensausgleich.

Da sind zudem die südlichen Länder, die noch immer unter den Folgen der Finanzkrise leiden. Obwohl sich die Wirtschaft vielfach erholt hat, gibt es immer noch Regionen, in denen 25, 30 oder 40 Prozent der Jugendlichen keine Arbeit finden. Das darf uns in Deutschland nicht gleichgültig sein!

Und es muss uns alarmieren, wenn ausgerechnet in Italien – einem Grundpfeiler Europas und bisher einem unserer allerengsten Partner – fast jeder Zweite der Meinung ist, sein Land profitiere nicht von der EU-Mitgliedschaft.

Auf die legitime Erwartung der Menschen im Süden nach Solidarität – auch darauf muss Europa auf ganz unterschiedlichen Ebenen eine überzeugende Antwort finden.

Meine Damen und Herren,

wenn wir über ein großes Europa reden, dann stellt sich natürlich sofort die Frage nach der Handlungsfähigkeit der EU. Ein großes Europa darf natürlich nicht die Ambitionen derer bremsen, die noch enger zusammenarbeiten wollen.

Ohne in gute und schlechte Europäer zu unterteilen, sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, dass das Ziel des immer engeren Zusammenwachsens der Staaten Europas nicht von allen Ländern gleichermaßen geteilt wird.

Deshalb brauchen wir Mechanismen – da stimme ich Emmanuel Macron zu –, die ein flexibles Voranschreiten von Gruppen innerhalb der EU ohne Blockademöglichkeit durch andere ermöglichen.

Gleichzeitig muss aber die Tür immer weit offen stehen für diejenigen, die möglicherweise später noch dazukommen.

Dass dies gelingen kann, zeigt zum Beispiel unsere verstärkte Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Am Ende haben sich 25 Mitgliedstaaten beteiligt. Der Schlüssel zum Erfolg waren ambitionierte Ziele, maximale Transparenz und dauerhafte Offenheit gegenüber allen Mitgliedstaaten. Und das müssen auch zukünftig die Prinzipien sein, um die Europäische Union noch effektiver zu machen.

Meine Damen und Herren,

die Zustimmung der Menschen zu Europa - und darum geht es - hängt nicht so sehr davon ab, wie in Brüssel Entscheidungen getroffen werden, sondern welche Entscheidungen wir treffen.

Die besondere Chance für gemeinsames Handeln in Europa liegt dort, wo Nationalstaaten globalen Problemen gegenüberstehen. Auf sich allein gestellt bringt kein europäisches Land, auch nicht Deutschland, das nötige Gewicht auf, um die Globalisierung, das Handelssystem oder die internationale Politik entscheidend mitzugestalten.

Denn letztlich trifft zu, was der einstige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak, gesagt hat: „Es gibt nur zwei Arten von Staaten in Europa: kleine Staaten und kleine Staaten, die noch nicht realisiert haben, dass sie klein sind.“

Was bedeutet das zu Ende gedacht? Auch die Abgabe von Souveränität an die EU ermöglicht einen Zugewinn an Gestaltungsmacht, die national längst verloren ist. Nationalismus bedeutet eben nicht „taking back control“, wie die Anhänger des Brexit behauptet haben, sondern in Wahrheit: „giving up control“.

Souveränität erhalten durch engere Zusammenarbeit – das muss das Ziel und das Prinzip innerhalb der EU sein. Und deshalb brauchen wir dringend eine Antwort auf die Frage: Was sind die wichtigsten Aufgaben, die wir gemeinsam bewältigen müssen?

Dabei sehe ich vor allem drei Bereiche:

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik mit ihrer sozialen Dimension, die für eine stärkere Angleichung der Lebensverhältnisse sorgen muss. Das entspricht auch der Erwartung der Menschen und das ist auch das Wohlstandsversprechen der europäischen Idee;

die Migrationspolitik, die nicht länger ein Spaltpilz in Europa bleiben darf;

und schließlich die Außenpolitik, bei der es um Europas Gestaltungsmacht und Durchsetzungskraft in der Welt geht.

Für mich steht außer Frage, dass wir die Spaltungen in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik hinter uns lassen müssen. Dazu müssen auch wir endlich viele noch bestehende Vorbehalte überwinden.

Denn Deutschland profitiert von Euro und Binnenmarkt wie kaum ein anderes Land in der Europäischen Union.

Die Bertelsmann-Stiftung hat berechnet, dass Deutschlands Wirtschaft dank des Binnenmarkts jährlich um über 37 Milliarden Euro wächst. Das entspricht einem Einkommensplus von 450 Euro im Jahr für jeden von uns. Neun unserer zwölf größten Handelspartner sind EU-Mitgliedstaaten, sechs von ihnen zahlen wie wir mit dem Euro.

Deshalb ist es nichts anderes als Logik, dass die dauerhafte Stabilisierung des Euros daher in unserem ureigenen deutschen Interesse liegt.

Wir Deutschen lieben Versicherungen. Zusammen haben wir mehr als 430 Millionen Versicherungsverträge abgeschlossen, um uns gegen alle möglichen Risiken zu wappnen. Aber ausgerechnet wenn es um die Absicherung unserer Gemeinschaftswährung geht, dann haben wir lange Zeit abgewinkt.

Deshalb ist es richtig, dass sich auch die Bundeskanzlerin jetzt erstmals zu Details eingelassen hat, wie Europa seine Aufgaben hier besser wahrnehmen kann.

Aber wir müssen noch weitergehen! Wenn wir ein starkes, wohlhabendes Europa ohne Mitglieder erster und zweiter Klasse wollen, dann kann das nicht das Ende der Diskussion sein. Der Vorschlag von Vizekanzler Olaf Scholz, der EU durch die Finanztransaktionssteuer erstmals eigene steuerbasierte Mittel zu verschaffen, wäre ein echter Paradigmenwechsel. Und gerade mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen finde ich auch den Gedanken einer Digitalsteuer keinen schlechten.

Und:

Wir brauchen mehr Anstrengungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und weniger soziales Gefälle in der Eurozone, etwa durch einen europäischen Mindestlohn oder die europäische Rückversicherung für nationale Arbeitslosenversicherungen,

Wir brauchen mehr Einsatz der EU im Kampf gegen Sozial- und Steuerdumping, etwa durch die Angleichung der Unternehmenssteuern – nur das wird dagegen helfen,

Wir brauchen mehr Unterstützung für Strukturreformen und mehr Investitionen, zum Beispiel in den digitalen Wandel – eine unserer großen Zukunftsherausforderungen.

All das sichert die wirtschaftliche Stabilität Europas, die Stabilität unserer Währung und den sozialen Frieden, für den wir in Europa auf der ganzen Welt beneidet werden.

Sparsamkeit ist eine Tugend, aber Geiz ist eine Gefahr für das, was wir erhalten und ausbauen wollen – nämlich die Einheit und Stärke Europas! Da ist jeder Cent gut investiert - weil wir am Ende alle davon profitieren.

Meine Damen und Herren,

was ist denn die Alternative? Wollen wir uns wirklich damit abfinden, dass Zukunftstechnologien wie autonomes Fahren oder künstliche Intelligenz künftig nur noch im Silicon Valley oder im chinesischen Shenzhen entwickelt werden? Dann sehe ich auch schwarz für die Zukunft unseres eigenen Industriestandorts Deutschland. Warum also bündeln

wir nicht zum Beispiel europäisches Wagniskapital, bauen Bürokratie ab und fördern so die Vernetzung nicht nur der nationalen, sondern vor allem der europäischen start-up Szene?

Deutschland muss bereit sein, zu alldem seinen Beitrag zu leisten.

Im Interesse eines geeinten Europas, aber auch im eigenen deutschen Interesse!

Meine Damen und Herren,

das zweite Politikfeld, bei dem Europa gefordert ist, das ist Flucht und Migration.

Kein Thema hat den Zusammenhalt der EU in den letzten Jahren stärker auf die Probe gestellt, keines birgt mehr Spaltpotenzial. Deshalb müssen wir alles daransetzen, dass Migration nicht mehr als Gift für den Zusammenhalt in der EU wirkt.

Dafür müssen wir aus meiner Sicht zwei Dinge tun:

Erstens sollten gerade wir Deutsche aufhören, die Diskussion über Migration insbesondere gegenüber unseren mittel- und osteuropäischen Partnern aus einer Position der gefühlten moralischen Überlegenheit zu führen. Gegenseitige Belehrungen und moralischer Hochmut führen uns eher nur tiefer in die Spaltung!

Zweitens müssen alle Mitgliedstaaten aufhören, Migration zur innenpolitischen Stimmungsmache vor allem gegen die EU zu nutzen.

Ich habe keinerlei Verständnis dafür, wenn die Migrationsfrage missbraucht wird, um von eigenen politischen, auch innenpolitischen Versäumnissen abzulenken!

Wir müssen in den Bereichen zügig vorangehen, in denen wir schon Konsens erzielt haben. Wir müssen Fluchtursachen wirksamer bekämpfen und den Schutz der Außengrenzen verbessern. Wir haben Italien und Griechenland viel zu lange mit diesen Aufgaben allein gelassen.

Und auch das ist mir sehr wichtig: Wir müssen die Grenzen innerhalb Europas offen halten.

Schengen ist das Synonym für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger Europas. 1,7 Millionen Menschen fahren jeden Tag alleine zum Arbeiten in ein anderes EU-Land. 16 Millionen EU-Bürger leben in einem anderen Mitgliedstaat, arbeiten dort, beziehen Rente oder studieren. Und kaum vorstellbare 1,25 Milliarden Mal überqueren wir Europäerinnen und Europäer pro Jahr eine Schengen-Binnengrenze. Ohne Zoll, ohne Passkontrolle, ohne Schlagbaum – das soll und das muss auch so bleiben!

Ja, wir müssen unsere Außengrenzen besser schützen, aber wir dürfen niemals die erreichte Freiheit im Innern Europas preisgeben! Wenn wir das täten, dann hätten wir ein anderes Europa als das, von dem viele träumen.

Einige Staaten, auch Deutschland, haben wieder „temporäre Grenzkontrollen“ eingeführt. Ich sage sehr deutlich: Aus „temporär“ darf nicht „dauerhaft“ werden! Wir können an der Stelle die Geschichte nicht zurückdrehen, noch dürfen wir die Europäische Union an der Stelle beschädigen!

Meine Damen und Herren,

das dritte Politikfeld, auf dem die EU mehr Einigkeit und Stärke zeigen muss ist die Außenpolitik.

Wir Deutsche sind uns bewusst, dass ein immer stärkerer Zusammenschluss der Völker Europas dringend erforderlich ist: weil unsere Völker entschiedener als bisher Mitverantwortung für die Bewahrung des Weltfriedens übernehmen müssen; weil nur die

Verbindung der begrenzten Kräfte der einzelnen Völker es ihnen ermöglicht, diese Aufgabe zu erfüllen(...).

Das war ein Zitat. Aber nicht aus dem Jahr 2018, sondern aus einer Rede des damaligen Außenministers Willy Brandt im Jahr 1967. Unsere Analyse, so scheint es, hat sich auch nach 50 Jahren nicht verändert.

Aber die Welt heute ist ungleich komplexer geworden, als sie zur Zeit des Eisernen Vorhangs war.

Das Verhalten der Trump-Regierung stellt Europa dabei vor ganz neue Herausforderungen:

Die Kündigung der Pariser Klimaverträge,

der Ausstieg aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran und die offene Drohung mit Sanktionen gegen europäische Partner,

der neue Protektionismus.

All dies erschüttert unsere Gewissheit, gemeinsam mit den USA für Multilateralismus und eine regelbasierte Welt zu kämpfen. Und diese Erschütterung - da sollten wir uns nichts vormachen - ist leider schon jetzt so gravierend, dass sie wohl über die Trump-Präsidentschaft hinausreicht.

Natürlich bleiben die USA unser engster außen- und sicherheitspolitischer Partner außerhalb der EU. Aber: Es wird Zeit, auch die transatlantische Partnerschaft neu zu justieren – nicht um sie hinter uns zu lassen, sondern um sie in einer veränderten Weltlage zu bewahren.

Wir brauchen eine neue ausbalancierte Partnerschaft mit den USA.

Indem wir uns auf Zusammenarbeit dort konzentrieren, wo Werte und Interessen beider Seiten ausgewogen sind.

Indem wir unser Gewicht einbringen, wo sich unser Partner zurückzieht.

Und indem wir als Europäer ein selbstbewusstes Gegengewicht bilden, wo die USA rote Linien überschreiten.

Ja, das erleben wir gerade in den letzten Tagen und Wochen: wo die US-Regierung unsere Werte und Interessen offensiv in Frage stellt, müssen wir in Zukunft robuster auftreten.

Ein erster Testfall für diesen Ansatz wird das Nuklearabkommen mit Iran sein. Das wollen wir als Europäer verteidigen, darin sind wir uns einig. Nicht zur Unterstützung Teherans, sondern zur Verhinderung eines nuklearen Wettrüstens im Mittleren Osten mit verheerenden Konsequenzen auch für unsere eigene Sicherheit hier.

Dies alles kann nur in einem radikalen Schulterschluss mit Frankreich gelingen. Unter Präsident Macron findet Frankreich die Kraft zu wichtigen Reformen und hat weitreichende Vorschläge für die Zukunft Europas gemacht.

Für mich ist völlig klar: die Antwort darauf kann nur ein lautes „Ja!“ sein. Wir müssen nicht schon zu Beginn der Debatte über jedes Detail übereinstimmen, aber es darf gerade auch wegen der Unsicherheit im transatlantischen Verhältnis nicht den Hauch eines Zweifels geben, dass wir gerade jetzt Hand und Hand arbeiten.

Nicht als Oberlehrer, die den anderen Mitgliedstaaten den Kurs vorschreiben; aber als Mutmacher, die Europa entschlossen voranbringen.

Wenn Berlin und Paris den Mut aufbringen, noch viel umfassender als bisher in Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Sicherheitsfragen zusammenzuarbeiten, werden andere folgen – davon bin ich fest überzeugt! Dann entsteht daraus eine neue Dynamik auch für Europa insgesamt und nur so kommen wir dem Ziel größerer strategischer Autonomie für Europa näher.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit den USA sind wir uns über die Grundwerte der liberalen Demokratie einig. In anderen Teilen der Welt aber nimmt der Einfluss autoritärer Regime zu.

Und in unserer Nachbarschaft - in Syrien, in der Ukraine, im Nahen Osten - toben Konflikte, bei deren Lösung wir nicht vorankommen, weil wir Europas Gewicht nicht genügend zur Geltung gebracht haben und bringen.

Europa muss darauf endlich reagieren. Nicht durch das Drehen an ein paar Schraubchen im Brüsseler Apparat, sondern durch einen Mentalitätswechsel. Wir brauchen mehr Mut, mehr Ehrgeiz und mehr außenpolitischen Gestaltungswillen! Man könnte sagen: Wir müssen endlich „außenpolitikfähig“ werden in der Europäischen Union.

Dazu braucht es zwei Dinge:

Erstens: Die Entschlossenheit, eine gemeinsame Außenpolitik zu formulieren und zweitens: Die Fähigkeiten, europäische Außenpolitik auch durchzusetzen.

Von beidem sind wir noch meilenweit entfernt.

Einen Europäischen Sicherheitsrat, haben bereits 2016 der heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und sein damaliger französischer Kollege Jean-Marc Ayrault vorgeschlagen.

Er könnte perspektivisch Leitplanken einziehen für eine kohärente, strategische EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Das wäre eine Voraussetzung dafür, europäische Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu schaffen. Bis wir so weit sind, könnte der Rat zum Beispiel einmal jährlich mit allen 27 EU-Mitgliedstaaten als „Europäischer Sicherheitsrat“ tagen.

Denn: Die Welt wartet nicht, bis wir in Europa unsere Strukturdebatten beendet haben.

Um noch in diesem Jahr zu größerer außenpolitischer Handlungsfähigkeit zu gelangen, sehe ich vor allem einen Weg:

Wir müssen den Fluch der Einstimmigkeit beenden! Er führt zu oft zur Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Und er lädt fremde Mächte förmlich ein, uns zu spalten und das Blockadepotenzial einzelner Mitgliedstaaten auszunutzen.

Deshalb wäre ein Vorschlag, dass der Europäische Rat so bald wie möglich erste Felder definiert, in denen wir ab sofort auch mit Mehrheit entscheiden.

Wer behauptet, dass wir damit auf Souveränität verzichten, der irrt - denn wer glaubt denn ernsthaft noch daran, dass ein einzelner europäischer Staat in der Lage ist, in irgendeinem außenpolitischen Konflikt von globaler Bedeutung seine nationalen Anliegen durchzusetzen? Egal ob Iran, Ukraine oder Syrien - die Antwort auf solche Konflikte ist immer gleich und sie lautet: Europa muss geschlossen agieren, sonst wird es keine Lösung geben!

Der Hauptfokus europäischer Außenpolitik muss darauf gerichtet sein, Stabilität in unserer Nachbarschaft zu schaffen.

Das gilt in besonderer Weise für die Staaten des Westlichen Balkans.

Wenn die EU es nicht schafft, im Beitrittsprozess mit diesen Ländern voranzukommen – und wir diskutieren ja zur Zeit darüber - dann wird das fatale Folgen haben. Schon längst sind andere Mächte dabei, in diese Lücke zu stoßen: Russland, China, Länder des Nahen und Mittleren Ostens; Staaten also, die eine komplett andere Vorstellung von Ordnung und Stabilität haben als wir in Europa.

Natürlich setzt ein Beitritt die Erfüllung klarer Kriterien voraus und das wurde auch nie in Zweifel gezogen.

Im Mittelpunkt stehen dabei die freiheitliche Demokratie und ein funktionierender Rechtsstaat. Einige Staaten sind hier gut vorangekommen – etwa die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, die zukünftig Nord-Mazedonien heißen wird. Aber auch Albanien, durch eine ambitionierte Justizreform. Daher bin ich ausdrücklich für eine konditionierte Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit diesen beiden Ländern. Wenn wir ihnen die Beitrittsperspektive nehmen, dann werden alle Reformen, die dort angestoßen wurden, auf der Strecke verloren gehen.

Meine Damen und Herren,

Wir brauchen auch eine „Neue Ostpolitik“. Eine europäische Ostpolitik. Die angesichts der gefährlichen Sprachlosigkeit zwischen Washington und Moskau neue Wege aufzeigt, auch mit Russland erst einmal im Interesse aller europäischen Staaten zu kooperieren – und nicht nur mit denen, die sich die Russen herausgesucht haben.

Sie muss auch Angebote formulieren an Länder der Östlichen Partnerschaft wie Georgien oder die Ukraine, die so europäisch denken und vielfach fühlen wie wir.

Sie muss die Anliegen aller Europäer berücksichtigen: die der baltische Staaten und Polens, ebenso wie die der Staaten im Westen.

Und sie muss eine Balance finden zwischen Sicherheitsinteressen, ökonomischer Kooperation und der Zusammenarbeit etwa in kulturellen oder wissenschaftlichen Fragen. So kann eine neue, positive Dynamik auch im innereuropäischen Verhältnis zu den östlichen EU-Mitgliedstaaten entstehen.

Wir brauchen darüber hinaus auch eine gemeinsame EU-Afrikapolitik, die Afrika nicht nur als Empfänger von Entwicklungshilfe oder als Exporteur von Krisen und Migranten definiert. Bei meiner ersten Afrikareise ist mir sehr deutlich geworden: Afrika will nicht nur Entwicklungshilfe, sondern echte Partnerschaft.

Und wir brauchen eine gemeinsame Strategie, wie wir mit den machtpolitischen Ambitionen Chinas umgehen - auch um gezielten Spaltungsversuchen in der Europäischen Union geschlossen entgegenzuwirken.

Daher werden wir unsere Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019/20 ganz bewusst als eine europäische Mitgliedschaft gestalten. Natürlich wird „Germany“ auf unserem Namensschild stehen. Aber wenn wir im Sicherheitsrat sprechen, dann wollen wir vom 1. Januar 2019 an auch Sprachrohr aller EU-Mitgliedstaaten sein. Und wenn wir abstimmen, dann soll uns mehr als früher europäische Politik leiten, die wir gemeinsam mit unseren EU-Partnern entwickeln wollen. Das ist unser Angebot!

Meine Damen und Herren,

neben Mut zur Einigkeit braucht die EU die richtigen Instrumente, um diese Politik auch umsetzen zu können. Zur neuen transatlantischen Realität gehört auch, dass wir mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen müssen, weil wir nicht mehr darauf

setzen können, dass dies auf der anderen Seite des Atlantiks für uns getan wird. Wir brauchen eine echte Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion.

Bei den Verteidigungsstrukturen sind wir durch die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit schon wirklich weit vorangekommen.

Aber auch hier sind weitere Schritte unumgänglich: Deshalb unterstütze ich den französischen Vorschlag einer Europäischen Interventionsinitiative - wahrscheinlich ist der Ausdruck „Europäisches Krisenreaktionsteam“ etwas treffender – und das in engster Abstimmung mit unserer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Und wir sollten auch Großbritannien anbieten, sich trotz Brexit daran zu beteiligen.

Aber auch einer anderen Realität dürfen wir uns nicht verschließen: Deutschland wird Fähigkeitslücken der Bundeswehr schließen müssen, wenn wir uns auf einen solchen Weg begeben.

Das kostet Geld. Aber Investitionen in Ausrüstung sind noch lange keine Aufrüstung.

Wir tun das übrigens nicht, weil Präsident Trump das gerade einfordert. Sondern um einen Beitrag zu leisten zu europäischen Sicherheitsstrukturen, die wiederum essentieller Bestandteil und keinesfalls Ersatz einer auf Frieden und Sicherheit gerichteten EU-Außenpolitik sind.

Wie im Koalitionsvertrag angelegt, muss dies Hand in Hand gehen mit dem Aufwuchs der Ausgaben für Diplomatie in allen ihren Formen – von der Krisenprävention bis zur kulturellen Verständigung. Eine starke Verteidigung und eine starke Diplomatie – das sind zwei Seiten einer Medaille, das wissen wir spätestens seit Willy Brandts Entspannungspolitik!

Klar ist dabei, dass europäische Außenpolitik immer nur Friedenspolitik sein kann. Denn: Kein Konflikt lässt sich dauerhaft militärisch lösen.

Herzstück europäischer Außen- und Sicherheitspolitik muss daher immer das zivile Krisenmanagement sein. 2017 war das Jahr, in dem wir bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit einen Durchbruch erzielt haben. Machen wir 2018 zu dem Jahr, in dem wir auch auf ziviler Seite - bei der „zivilen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ – endgültig den Durchbruch schaffen!

In Mali unterstützen wir den Staatsaufbau, in Somalia helfen wir bei der Ausbildung von Sicherheitskräften und im Irak fördern wir die Etablierung von Recht und Ordnung.

Aber die Experten, die wir dafür brauchen, müssen wir erst einmal finden, ausbilden und unterstützen. Wir wollen, dass die EU das künftig selber kann. Und wir schlagen vor, dass alle EU-Mitgliedstaaten sich verpflichten, solche Experten zu entsenden – in ein neues ziviles „Europäisches Stabilisierungscorps“.

Meine Damen und Herren,

wir im Auswärtige Amt werden die Arbeit an diesen zentralen Fragen in den nächsten Wochen und Monaten weiter konkretisieren und auch auf der politischen Ebene weiter vorantreiben.

Mein Ziel sind detaillierte Arbeitspläne für eine balancierte Partnerschaft mit den USA, eine neue Europäische Ostpolitik und den Bau eines souveränen und starken Europas.

Meine Damen und Herren,

als Saarländer stamme ich aus einer Region, die im letzten Jahrhundert zwischen Deutschland und Frankreich ständig hin- und hergeschoben wurde. Meine Großmutter hat Zeit ihres Lebens im gleichen Ort, in der gleichen Straße, im gleichen Haus gewohnt. Und sie hatte in dieser Zeit

fünf verschiedene Pässe. Nicht weil sie sich bewegt hat, sondern weil die Welt um sie herum sich bewegt hat.

Meiner Generation sind solche Umbrüche erspart geblieben. Ich bin im Gefühl des Friedens, mit dem Geist der Versöhnung und in der Luft der Freiheit aufgewachsen. Ich gehöre zur „Generation Interrail“. Mit 17 bin ich im Sommer mit der Eisenbahn kreuz und quer durch ganz Europa gefahren.

Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte - vieles, was meiner Generation einst selbstverständlich war, wird heute wieder in Frage gestellt, und wir müssen neu lernen, dem nicht tatenlos zuzusehen.

Deshalb ist „Pulse of Europe“ ja eine so großartige Angelegenheit: Es hat zehntausende Menschen auf die Straße gebracht. Keine frustrierten Wutbürger, sondern endlich Menschen mit Zuversicht und einer positiven Botschaft. Das geht eben auch in Deutschland!

Diese Begeisterung für Europa kommt nicht von allein. Deshalb sollten wir mehr Ereignisse und Formate der Begegnung schaffen, gerade für junge Menschen. Einen Europäischen Jugendtag, zum Beispiel.

Ein Tag, an dem junge Menschen aus allen Mitgliedstaaten zusammenkommen, feiern, diskutieren und die Gemeinsamkeiten und Vielfalt europäischer Kultur erleben.

Oder: Warum nutzen wir die Digitalisierung nicht stärker für die europaweite Debatte? Zum Beispiel durch ein „Europäisches Cyber-Forum“, in dem jeder Europäer in seiner Sprache kommuniziert und ein digitaler Sprachassistent dies in Echtzeit übersetzt?

Estland hat ein solches Online-Tool schon entwickelt und ich bin sicher, dass unsere estnischen Freunde ihre Erfahrungen gerne mit uns teilen.

Gerade dieser letzte Punkt, mehr politische Debatte, ist mir ganz besonders wichtig: Europa ist mehr als Harmonie und Völkerfreundschaft, Europa ist auch Politik und das heißt Streit der Meinungen – demokratisch und über nationale Grenzen hinweg.

Um die Polarisierung durch den neuen Nationalismus zu überwinden, brauchen wir auch eine neue Politisierung.

Wieviel Geld wollen wir für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ausgeben?

Wie weit dürfen die Freiheitsrechte im Kampf gegen den Terrorismus eingeschränkt werden?

Wollen wir mehr sparen oder mehr investieren?

All das sind doch hochpolitische Fragen. Da stehen nicht deutsche, französische oder irgendwelche anderen nationalen Positionen zur Debatte. Da geht es um den Wettbewerb politischer Ideen. Was gibt es Spannenderes?

In einem Jahr wird das Europäische Parlament gewählt.

Wir dürfen diese Wahlen nicht kompromissunfähigen Nationalisten und Populisten überlassen.

Wir müssen deshalb die Krisen in und die Erwartungen an Europa nutzen für eine konstruktive Politisierung.

Wo es keine Debatten gibt, fehlt den Wählerinnen und Wählern die Orientierung.

Wo Wählerinnen und Wähler den Eindruck haben, dass der Stimmzettel nicht mehr zum demokratischen Richtungswechsel taugt, haben es Populisten leicht - auch das haben wir in den letzten Jahren zu oft gesehen - das System in Frage zu stellen.

Besinnen wir uns also auf eine alte Tugend der Demokratie: fair miteinander zu streiten!
Europa braucht den Wettbewerb der besten Ideen.

Meine Damen und Herren,

kann man eigentlich stolz sein auf eine bestimmte Nationalität? Ich glaube, das muss jeder mit sich selber ausmachen. Die Geschichte des Saarlands hat auf jeden Fall gezeigt, dass es auch von Zufälligkeiten abhängen kann, mit welchem Pass man dort geboren wurde.

Ich bin stolz auf Freiheit und Demokratie, die offene, tolerante Gesellschaft, das friedliche Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Alles keine Selbstverständlichkeiten – sondern erkämpft und verteidigt von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Darauf bin ich stolz!

Das sind aber auch europäische Errungenschaften und sie können den Kern bilden eines neuen „europäischen Patriotismus“, dem die Populisten und Nationalisten nur historische Demenz entgegenzusetzen haben.

Dieser europäische Patriotismus gibt den Mut, den wir für das Europa der Zukunft brauchen:

Ein Europa, das einig im Innern ist und stark nach außen;

Ein Europa, bei dem Wohlstand auch gerecht verteilt ist;

Ein Europa, das für den Frieden eintritt und für faire Kompromisse zwischen den Staaten;

Ein Europa, das die Freiheit schützt – im Innern und nach außen gegen fremde Despoten.

Europe United - es wird beim aktuellen Zustand der Welt mehr gebraucht, als je zuvor.

Das ist unsere Chance und Europa ist unsere Hoffnung.

Vielen Dank!

II. Plan der EU-Kommission zur Abschaffung der Einstimmigkeit in der Steuerpolitik

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-kommission-will-die-einstimmigkeit-in-der-steuerpolitik-abschaffen-15988609.html> (Abrufdatum: 19.01.2019)

Plan der EU-Kommission : Irland und Niederlande gegen Änderung der Steuerpolitik

Von Manfred Schäfers, Berlin und Werner Mussler, Brüssel

-Aktualisiert am 15.01.2019-07:17

Macht er da mit? Olaf Scholz (links) könnte Macht einbüßen, wenn Steuerkommissar Pierre Moscovici sich durchsetzt.

Macht er da mit? Olaf Scholz (links) könnte Macht einbüßen, wenn Steuerkommissar Pierre Moscovici sich durchsetzt. Bild: Reuters

Die EU-Kommission will die Einstimmigkeit in der Steuerpolitik abschaffen. Die EU-Mitgliedsländer sind gespalten, mehrere Regierungen sind dagegen – doch Berlin reagiert ausweichend.

Der Vorstoß der EU-Kommission, die Einstimmigkeit in der Steuerpolitik abzuschaffen, spaltet Europa – und die deutsche Politik. Das vom Sozialdemokraten Olaf Scholz geführte Finanzministerium äußerte sich am Montag zurückhaltend: „Es ist wichtig, dass die EU unfairem Steuerwettbewerb und aggressiven Steuergestaltungen entschlossen entgegentritt“, sagte ein Sprecher auf Nachfrage und schob ausweichend nach: „Die Vorschläge, die die EU-Kommission vorstellen will, sind im Kreise der EU-Finanzminister gemeinsam zu diskutieren.“

Wie berichtet, will die EU-Kommission mit einem Vier-Stufen-Plan die bisher verpflichtende Einstimmigkeit für Entscheidungen in der Steuerpolitik abschaffen. Zunächst zielt dies auf die Möglichkeit, mit qualifizierter Mehrheit Regelungen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung sowie zum Abschluss einschlägiger Abkommen mit Drittstaaten durchsetzen zu können. Am Ende soll dies für alle steuerpolitischen Initiativen gelten, die „für den Binnenmarkt sowie für eine faire und wettbewerbliche Besteuerung notwendig“ seien.

Qualifizierte Mehrheit bedeutet, dass 55 Prozent der Mitgliedstaaten zustimmen müssen, die mindestens 65 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung repräsentieren. Deutschland könnte damit anders als bisher überstimmt werden. Steuerkommissar Pierre Moscovici will die Pläne an diesem Dienstag vorstellen.

Geteiltes Echo

Der französische Kommissar hat die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten in der vergangenen Woche von seinen Ideen unterrichtet und ist nach Diplomatenangaben auf ein geteiltes Echo gestoßen. Eindeutig dagegen sprachen sich Irland, Schweden, Malta und Zypern aus. Unterstützend äußerten sich Frankreich, Spanien, Italien und Portugal. Die Vertreter anderer Länder hätten sich mit Stellungnahmen zurückgehalten. Der Kommissionsvorschlag hätte nur eine Chance, wenn alle Mitgliedstaaten zustimmen.

Ein Sprecher der irischen EU-Vertretung sagte am Montag, sein Land sei strikt dagegen, an den bisherigen Entscheidungsregeln etwas zu ändern. Die Besteuerung liege einzig in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, deshalb müsse das Einstimmigkeitsprinzip beibehalten werden. Es sei in der Vergangenheit trotz dieses Prinzips möglich gewesen, mehrere wichtige steuerpolitische Entscheidungen, vor allem in der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung zu treffen. Auch die niederländische Regierung vertritt die Auffassung, die jetzigen Regeln seien „hinreichend effizient“.

Eine bessere Handlungsfähigkeit in der Steuerpolitik

In Deutschland unterstützen die Koalitionsparteien zwar grundsätzlich Mehrheitsentscheidungen, mahnen aber in der Steuerpolitik zur Vorsicht. „Ohne Einstimmigkeit könnte Brüssel neue Steuern schaffen oder die Ausgestaltung bestehender stark prägen“, sagte Unionsfraktionsvize Andreas Jung FAZ.NET. Er erinnerte an die deutsch-französische Initiative zur Harmonisierung der Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer. „Ziel muss sein, diesen Weg fortzusetzen und immer mehr europäische Partner einzubeziehen, um zu einer möglichst einheitlichen Unternehmensbesteuerung zu kommen“, sagte Jung. Auf anderen Feldern wie in der Außenpolitik sei man für mehr Mehrheitsentscheidungen offen.

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Lothar Binding, forderte eine bessere Handlungsfähigkeit der EU in der Steuerpolitik. „Eine Abkehr von der Einstimmigkeit setzt aber ein höheres Maß an Integration und mehr Kompetenzen beim Europäischen Parlament voraus“, sagte er FAZ.NET.

Die Grünen-Finanzpolitikerin Lisa Paus begrüßte die Initiative. „Es ist überfällig, sich endlich an die heilige Kuh der Einstimmigkeit bei Steuerfragen zu wagen“, sagte sie. Zu lange hätten einzelne Mitgliedstaaten mit ihrem Veto Fortschritte in der gesamten EU verhindert. Gleichwohl nannte Paus den Vorschlag der Kommission eine Totgeburt. „Er selbst muss einstimmig beschlossen werden, und schon jetzt haben einzelne Mitgliedstaaten Widerstand angekündigt.“

Kritik kam von den Liberalen. „Dass die Kommission die Spielregeln bei Steuerentscheidungen ändern will, sehen wir mit großer Sorge“, sagte FDP-Fraktionsvize Christian Dürr. Die Änderung würde dazu führen, dass Ländern Steuern aufgezwungen werden könnten, die diese ablehnten.

Der CDU-Wirtschaftsrat lehnt die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in der Steuerpolitik strikt ab. Generalsekretär Wolfgang Steiger sagte FAZ.NET, gerade in der Steuerpolitik und auch in wesentlichen Teilen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sei es sinnvoll, das Prinzip der Subsidiarität hochzuhalten. „Weniger Souveränität der Mitgliedstaaten kann nicht die Antwort auf den massiven Vertrauensverlust sein, den die europäischen Institutionen in den letzten Jahren erlitten haben“, warnte Steiger.

III. Rede von Bundesfinanzminister Olaf Scholz

Quelle: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2019/2019-01-15-Rede-Future-Forum-Europe.html> (Abrufdatum: 25.01.2019)

Die Notwendigkeit europäischer Integration für Politik und Wirtschaft

Rede von Olaf Scholz anlässlich des „Future Forum Europe“ von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Ernst & Young am 15. Januar 2019.

Future Forum Europe

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Datum 15.01.2019

Ort Berlin

[Es gilt das gesprochene Wort!]

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute mit Ihnen über Europa zu sprechen.

Im Kern geht es ja um mehr als um die Notwendigkeit europäischer Integration für Politik und Wirtschaft. Sie wissen alle aus Ihrer praktischen und täglichen Erfahrung, wie notwendig mehr Integration ist.

Es geht um die Zukunft der Europäischen Union und darum, Europa wieder politischer zu machen.

Am heutigen Tage kann man aber nicht über die Zukunft der EU reden, ohne auf die Abstimmung im britischen Unterhaus zum Austrittsabkommen zu schauen und den drohenden Brexit an den Anfang zu stellen.

Aller Voraussicht nach wird das Vereinigte Königreich Ende März die Europäische Union verlassen. Das wird die Union natürlich verändern. Das ist eine traurige Entwicklung – ich nehme an, Ihnen geht es nicht anders als mir, wenn ich sage, dass ich den Austritt sehr bedauern würde und mich freuen würde, wenn es anders käme. Aber mein Eindruck ist, dass wir uns darauf einstellen sollten. Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich in den letzten zwei Jahren haben ein gutes, ein faires Ergebnis erreicht. Ich wünsche mir auch in Zukunft ein enges, partnerschaftliches Verhältnis mit dem Vereinigten Königreich.

Aber natürlich gilt der Blick in Bezug auf die Zukunft nun vor allem den verbleibenden 27 Mitgliedstaaten der Union. Sie haben in diesen zwei Jahren nämlich auch gezeigt, dass sie geschlossen agieren und zusammen viel erreichen können.

Wir sehen sehr deutlich, wie eng die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in vielen anderen Bereichen zusammengewachsen sind und welche Vorteile das für seine Bürgerinnen und Bürger hat.

Besonders offensichtlich ist das beim gemeinsamen Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten, der nun schon seit 26 Jahren besteht. Wie viele von Ihnen aus praktischer Erfahrung wissen, hat der Binnenmarkt die inner-europäischen Grenzen für den Waren- und Personenverkehr beseitigt. Das spart nicht nur Zollbeamte und Zeit. Sondern dieser grenzenlose Verkehr hat auch zu einer sehr engen wirtschaftlichen Verflechtung europäischer Unternehmen geführt, mit grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten – manche sprechen längst von Wertschöpfungsnetzen.

Dieser gemeinsame Binnenmarkt ist eine grundlegende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Europas. Mit 500 – nach dem Brexit 450 – Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern bietet er den europäischen Unternehmen einen großen Heimatmarkt als wichtige Basis für die weltweiten Aktivitäten.

Nicht nur die Wertschöpfungsketten, sondern auch die Infrastrukturen in Europa sind auf einen gemeinsamen Binnenmarkt ausgerichtet. Dafür gibt es viele Beispiele, am heutigen Tag möchte ich nur eines nennen: Den Eurotunnel. Durch den Tunnel laufen 40 Prozent des gesamten Verkehrs von und nach Großbritannien. Das sind allein mehr als 1,6 Millionen Lastwagen pro Jahr – oder 183 pro Stunde – und an die 2000 Güterzüge. Beispielsweise für die deutsche Automobilindustrie spielt ein reibungsloser Verkehr durch den Tunnel eine zentrale Rolle für den verlässlichen und pünktlichen Transport von Autokomponenten im Zuge ihrer just-in-time-Produktion.

Die durchschnittliche Abfertigungszeit am Tunnel beträgt pro Lkw 15 Sekunden. Man kann sich leicht vorstellen, welche Probleme es für viele Branchen, zum Beispiel für die Automobilindustrie, mit sich brächte, wenn zusätzliche Zoll- und Grenzkontrollen nötig würden.

Meine Damen und Herren,

die tiefgehende wirtschaftliche Integration nach innen zeigt sich auch nach außen. Nehmen wir zum Beispiel die Handelspolitik: Alle internationalen Handelsabkommen werden von der EU verhandelt, die hier ein viel größeres Gewicht in die Waagschale legen kann als jeder einzelne Mitgliedstaat es könnte. Ein gutes Beispiel dafür sind das jüngst geschlossene Freihandelsabkommen mit Japan oder die Gespräche über ein mögliches Abkommen mit dem MERCOSUR. Und natürlich der Handelsstreit mit den USA. Ich jedenfalls möchte mir nicht vorstellen, wie es wäre, wenn die EU-Staaten jeweils für sich bilateral mit den USA verhandeln müssten.

Das macht deutlich: Der gemeinsame Binnenmarkt ist nicht nur wesentlich für unseren wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für unser politisches Gewicht in der Welt. Dafür, dass wir als Handelspartner international ernst genommen werden. Dafür, dass wir Einfluss darauf haben, in welche Richtung sich die Welt entwickelt bei Menschenrechten, Sozialstandards und Umweltschutz. Und schlussendlich: Dafür, dass wir selbst bestimmen können, wie wir in Zukunft leben wollen.

Es geht dabei um europäische Souveränität. Darum, dass uns niemand herumschubst. Kein einzelner Staat in Europa hat die Kraft, ohne die Europäische Union die Kontrolle über die eigene Entwicklung in der künftigen Ordnung der Welt zu behalten. Selbst Deutschland nicht mit seinen gut 80 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.

Deshalb ist Europa für uns, für Deutschland, das wichtigste nationale Anliegen. Die Zukunft Europas wird über die Zukunft Deutschlands entscheiden.

Aufgrund unserer Lage in der Mitte der Union, der Einwohnerzahl und unserer Wirtschaftskraft hat alles, was wir tun, direkte Auswirkungen auf unsere Nachbarn. Und genauso alles, was wir nicht tun. Deutschland kommt deshalb – ob wir es wollen oder nicht – eine besondere Rolle zu. Wir müssen Verantwortung dafür übernehmen, dass das europäische Projekt gelingt. Indem wir unseren Einfluss dazu nutzen, auf europäischer Ebene Kompromisse zu ermöglichen. Weil kein Land so von diesem einheitlichen Europa profitiert wie Deutschland.

Meine Damen und Herren,

es reicht aber nicht, dass wir uns hier in diesem Raum einig sind, wie notwendig es ist, die Europäische Union fortzuentwickeln. Wir müssen dafür werben und überzeugen. Das Brexit-Votum ist kein „Unfall“, sondern ein Warnsignal. In vielen EU-Staaten haben anti-europäische und populistische Bewegungen an Zuspruch gewonnen. Denn viele Bürgerinnen und Bürger zweifeln an der Fähigkeit der EU, auf die großen Herausforderungen dieser Zeit eine Antwort zu haben, oder wissen nicht einmal mehr um die großen Errungenschaften der Integration, weil sie nicht erkennen, welche Rolle sie in ihrem Alltag spielen.

Deshalb muss Europa politischer werden. Wir müssen die europäische Debatte wieder zu den Bürgerinnen und Bürgern bringen – nicht nur bei den im Mai anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament.

Die Binnenmarkt-Orientierung der vergangenen Jahre oder Jahrzehnte hat dazu beigetragen, dass Brüssel heute oft als kleinteilige technokratische Verwaltungseinheit wahrgenommen wird. Mikro-Detailregelungen – symbolhaft das berühmte Ölkännchen – haben dabei bisweilen den Blick auf das große Ganze verdeckt. Das dürfte auch eine Ursache dafür sein, dass die Zahl der Skeptiker und der populistischen EU-Kritiker wächst. Und das, obwohl gleichzeitig zwei Drittel der Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft als Vorteil für ihr Land sehen. Das ist der höchste Wert seit 1983!

Die wesentlichen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten heute stehen, setzen stärker denn je politische Debatten und politische Entscheidungen voraus. Ich denke da an innere und äußere Sicherheit, aber auch soziale Sicherheit; an Umwelt- und Klimaschutz; an die faire Besteuerung internationaler Konzerne; an Migration; an Handel, Globalisierung und Digitalisierung.

Zu einem politischeren Europa gehört auch der Streit, oder besser: eine konstruktive Streitkultur. Nur im konstruktiven Streit kann eine Demokratie ihre Aufgabe erfüllen, trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen Einigkeit herzustellen. Dazu muss man natürlich auch bereit sein, Kompromisse einzugehen. Streit und Kompromiss sind in einer Demokratie keine Schwächen, sondern *conditio sine qua non* – Grundvoraussetzungen, um Lösungen zu finden.

Meine Damen und Herren,

dass es in Europa gelingen kann, gemeinsam gute Lösungen zu finden, haben wir mit den im Dezember von den europäischen Finanzministern gefassten Beschlüssen zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion gezeigt. Um das hinzubekommen, haben mein französischer Kollege Bruno Le Maire und ich teilweise nächtelang diskutiert und das vorbereitet.

Ein stabiler Euro ist eine wesentliche Säule europäischer Stärke. Deswegen haben wir die Wirtschafts- und Währungsunion mit den Beschlüssen vom Dezember stabiler gemacht. Nach dem Brexit werden 85 Prozent der Wirtschaftsleistung in der EU in Euro erbracht werden. Ich bin davon überzeugt, dass die Bedeutung unserer gemeinsamen Währung weiter zunehmen wird.

Ich möchte nicht über jedes Detail der Vereinbarungen sprechen. Aber deutlich machen, dass uns zwei Dinge bei den Verhandlungen geleitet haben: Wie schaffen wir es, unsere Währung noch stabiler zu machen? Und wie sorgen wir dafür, dass bei einer erneuten Bankenkrise nicht wieder die Steuerzahler mit Milliardensummen einspringen müssen?

Ausgangspunkt dafür ist zum einen der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM, der dafür da ist, Mitgliedstaaten der Eurozone mit Krediten zu unterstützen, deren Zahlungsfähigkeit gefährdet ist. Diesen ESM werden wir nun zu einem „Europäischen Währungsfonds“ weiterentwickeln: mit einer stärkeren Rolle schon bei der Krisenprävention – also bevor die Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist – und neuen Möglichkeiten, Euro-Staaten zu stützen, die gut gewirtschaftet haben, aber wegen einer Krise trotzdem Schwierigkeiten auf den Finanzmärkten bekommen. Das macht den Euro stabiler.

Dazu kommt die neue Rolle des ESM als Letztsicherung für den gemeinsamen europäischen Bankenabwicklungsfonds, den die Banken mit ihren Beiträgen aufbauen. Mit diesem „Common backstop“ stärken wir nicht nur den Abwicklungsmechanismus. Sondern wir setzen unser Ziel um, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht noch einmal für die Schieflage einer oder mehrerer Banken haften müssen. Künftig wissen alle Marktteilnehmer, dass in jedem Fall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um eine Krisenbank abzuwickeln. Das schafft auch Klarheit und Orientierung für alle Beteiligten.

Ein Satz noch zur Stabilität des Euro. Der hängt natürlich auch davon ab, dass es eine gute wirtschaftliche Entwicklung in den Euroländern gibt. Um dieses Ziel zu unterstützen, haben wir uns im Grundsatz auch auf ein Budget für die Eurozone geeinigt, und zwar als Teil des EU-Haushaltes. Mit dem Budget werden wir den Zusammenhalt im Euroraum stärken, indem wir mit mehr Investitionen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Konvergenz sorgen.

Ergänzend dazu habe ich eine Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungen vorgeschlagen. Sie haben vielleicht gelesen, dass EU-Kommissionspräsident Juncker diesen Vorschlag jüngst unterstützt hat. Ein solcher Stabilisierungsfonds für die Arbeitslosenversicherungen könnte dabei helfen, dass sich die jeweiligen nationalen Arbeitslosen-Versicherungssysteme in Krisen wechselseitig helfen und ihrer Funktion als automatische Stabilisatoren besser nachkommen. Die Unterstützung würde in Form von Krediten erfolgen, wohlgernekt ohne Transfers. Es geht nicht um Finanzhilfen, sondern um Stabilität.

Meine Damen und Herren,

mit einem Finanzminister verbinden vermutlich auch Sie das Thema Steuern. Daher will ich Sie nicht enttäuschen und auch dazu etwas sagen. Denn auch im Steuerbereich haben wir im Dezember große Fortschritte erzielt.

Seit Jahren sehen wir, dass große multinationale Unternehmen Unterschiede in den nationalen Steuersystemen so nutzen, dass sie am Ende nur geringe, manchmal fast gar keine Steuern zahlen. Für Unternehmen der digitalen Wirtschaft ist das besonders einfach, weil sie in der Regel keine Produktionsanlagen brauchen. Das ist nicht akzeptabel, denn so verweigern die Unternehmen ihren fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben. Und sie untergaben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der kleinen und mittleren Unternehmen, die ordentlich ihre Steuern zahlen, in ein gerechtes, weil für alle gleich geltendes Steuersystem.

In dieser Frage braucht es eine neue internationale Antwort, die über die in den letzten Jahren bereits im G20- und OECD-Kreis erzielten Vereinbarungen hinausgeht. Wir müssen international ein Mindestniveau der Besteuerung vereinbaren. Damit stellen wir den Steuerwettbewerb nicht ein – aber wir ziehen eine untere Grenze.

Diesen Vorschlag habe ich meinen Finanzministerkolleginnen und -kollegen im G20-Kreis vorgestellt. Und ich bin zuversichtlich, dass wir bis Sommer 2020 zu einer Lösung kommen können.

Sollte – ich sage ausdrücklich: wider Erwarten – bis dahin auf internationaler Ebene keine Einigung erzielt werden, wird die EU vorangehen und eine angemessene Besteuerung der Digitalwirtschaft in Europa sicherstellen. Gemeinsam mit Bruno Le Maire habe ich vorgeschlagen, bis März eine entsprechende Richtlinie zu beschließen, die – falls es nicht zu der internationalen Einigung kommt – dann Anfang 2021 in Kraft treten könnte. Das ist ein klares Signal, dass wir Steuervermeidung nicht akzeptieren werden.

Und einen letzten Punkt der Beratungen im Dezember möchte ich nennen: die Finanztransaktionssteuer. Auch bei diesem Thema – einem Dauerbrenner der öffentlichen Diskussionen in den letzten Jahren – möchte ich nun endlich eine europäische Lösung erreichen. Zusammen mit Frankreich haben wir im Dezember unsere Überlegungen vorgestellt und damit die Diskussion wiederbelebt. Sie orientieren sich am französischen Modell einer Börsensteuer und entsprechen weitgehend der britischen „Stamp Duty“. Ich halte unseren Vorschlag für einen guten Kompromiss.

Wenn die Einnahmen mindestens teilweise der EU zufließen, könnte das auch für die Länder interessant sein, die bisher gegen eine solche Steuer waren, weil sie selbst nur geringe Erträge zu erwarten hätten. Auch hier gilt: Es bringt nichts, auf Maximalforderungen zu beharren, wenn es dafür keine Mehrheit gibt. Denn dann gibt es am Ende gar keine Lösung.

Meine Damen und Herren,

mit diesem kleinen Ausflug in die Finanzpolitik wollte ich Ihnen zeigen, dass wir einige wichtige Schritte vorangekommen sind in Richtung eines stärkeren, souveränen Europas. Das macht deutlich: Wir müssen immer wieder den Mut haben, für mehr Europa, mehr Gemeinsamkeit die rein nationale Sicht auf die Dinge zu überwinden. Und uns zu überlegen, was aus europäischer Sicht eine gute Lösung ist.

Denn Europa hat schon früher gezeigt, dass wir auch auf komplexen technischen Gebieten zusammen viel erreichen können. Oft sogar mehr, als wir uns vorher selbst zugetraut hatten. Ich möchte drei Beispiele nennen:

Erstes Beispiel: Airbus. Die meisten hielten es bei der Gründung von Airbus 1970 – zunächst als deutsch-französische Arbeitsgemeinschaft – für unmöglich, das Monopol von Boeing anzutasten. Aber es ist gelungen; Airbus hat sich als zweiter großer ziviler Flugzeugbauer etabliert und schafft Wettbewerb in diesem Marktsegment.

Zweites Beispiel: Die Europäische Raumfahrtorganisation ESA, an der sich mittlerweile fast alle EU-Staaten sowie weitere Staaten beteiligen, entweder als volle Mitglieder oder als Kooperationsstaaten. Die ESA hat sich neben der NASA und der russischen Roskosmos zu einem der drei großen Player der Weltraumerforschung entwickelt. Wobei die ESA-Forschung ausschließlich friedlichen Zwecken dient.

Drittes Beispiel: Galileo. Der Aufbau dieses eigenen Satellitennavigations- und Zeitgebungs-Systems der EU soll Ende dieses Jahres abgeschlossen werden. Damit machen wir uns unabhängig von GPS, GLONASS und Beidou, die allesamt unter militärischer Kontrolle stehen.

Aktuell sind uns andere – die USA und China – zum Beispiel bei der Künstlichen Intelligenz ein paar Schritte voraus. Auch deshalb, weil sie die großen Datenmengen nutzen können, die von den einheimischen Unternehmen beziehungsweise vom Staat selbst gesammelt werden. Die laxen Datenschutzvorgaben in diesen Ländern machen das möglich.

Wir wollen unseren europäischen Unternehmen die Möglichkeit geben, in dieser wichtigen Zukunftstechnologie eine führende Rolle zu spielen. Europa muss den Ehrgeiz haben, noch mehr eigene digitale und technologische Champions hervorzubringen und weltweit Standards zu setzen. Das wird nur mit vereinten europäischen Kräften gelingen.

Ein anderer Bereich, bei dem ich mehr europäische Zusammenarbeit für dringend notwendig halte, ist die Außen- und Verteidigungspolitik. Hier ist einiges zu tun:

Europa soll und muss mit einer Stimme sprechen können. Deshalb sollten wir zum Beispiel im Außenministerrat für viele Entscheidungen das Einstimmigkeitsprinzip durch ein Mehrheitsvotum ersetzen.

Und nach nun ein bisschen Erfahrung mit Verhandlungen in Brüssel möchte ich sagen: Auch wir Finanzminister haben in Sachen Mehrheitsentscheidungen ein Thema zu diskutieren: Ich kann es jedenfalls niemandem da draußen erklären, warum wir ewig gebraucht haben, damit für E-Books dieselben Mehrwertsteuer-Sätze gelten sollen wie für herkömmliche Bücher. Unverändert gibt es Freerider-Entscheidungen einzelner Mitgliedstaaten bei Steuern, die nichts mit einem gesunden Steuerwettbewerb zu tun haben.

Wir sollten uns deshalb nicht reflexhaft jeder Diskussion darüber, ob wir behutsam auch in Teilen des Steuerbereichs zu Mehrheitsentscheidungen übergehen können, verweigern. Die Bürger erwarten von uns, dass Europa handlungsfähig ist. Das ist kein Verlust an Souveränität, sondern die Voraussetzung dafür, dass wir zu Hause und in der Welt ernst genommen werden.

Zurück zur Verteidigungspolitik: Wir müssen unsere europäische Verteidigungsfähigkeit als europäischen Pfeiler der NATO stärken.

Im Bereich Verteidigung haben wir in der EU in den letzten Jahren schon eine Reihe guter Reformen auf den Weg gebracht. Was wir darüber hinaus dringend brauchen, ist eine engere Kooperation bei der militärischen Beschaffung. Das muss und wird auch zu einer Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie führen.

Derzeit finden mehr als 80 Prozent der Rüstungsbeschaffung und mehr als 90 Prozent der Forschung und Entwicklung auf nationaler Ebene statt. Viele von Ihnen kennen die Zahlen ja: die europäischen Staaten nutzen rund 180 verschiedene Waffensysteme, die USA 30. Es ist offensichtlich, dass sich hier etwas ändern muss, damit eine engere und effizientere Zusammenarbeit in puncto Verteidigung und Sicherheit auch tatsächlich gelingen kann.

Ein Vorteil gemeinsamer europäischer Beschaffung wäre auch, dass es den Druck verringern würde, Rüstungsgüter zu exportieren. Denn dann gäbe es mehr europäische Nachfrage, um die zweifellos hohen Entwicklungskosten zu erwirtschaften. Natürlich brauchen wir für eine stärker europäische Rüstungsindustrie auch strenge gemeinsame Vorschriften für den Rüstungsexport – so wie es sie ja heute vielfach schon gibt, nicht nur in Deutschland.

Auch über diese zwei Bereiche hinaus besteht Bedarf an besserer, an engerer europäischer Zusammenarbeit. Da geht es um den Umgang mit der Fluchtmigration, die Sicherung von sozialen Mindeststandards, Regeln zum Schutze unserer Umwelt und ein gemeinsames Vorgehen zur Unterstützung der Entwicklung in Afrika. Auf all diesen Feldern kann es, wenn die richtigen Entscheidungen getroffen werden, einen europäischen Mehrwert geben – indem wir gemeinsam etwas erreichen, das wir alleine, als einzelner Staat, nicht erreichen könnten.

Meine Damen und Herren,

dieses Jahr 2019 wird ein wichtiges Jahr für Europa. Nach dem vermutlich kommenden Brexit gilt es, eine gute Grundlage für neue Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU zu schaffen. Im Mai wird ein neues Europäisches Parlament gewählt, im Herbst wird es eine neue EU-Kommission geben. Das nächste Europäisches Parlament wird – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten – schon bald über den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 und damit zugleich über wichtige Weichenstellungen entscheiden müssen. Es ist klar, dass wir hier einen hohen Beitrag leisten werden. Aber gleichwohl sind die Mittel nicht unbeschränkt.

Deshalb müssen wir den EU-Haushalt auf die aktuell und künftig wichtigen europäischen Aufgaben mit hohem europäischem Mehrwert ausrichten – die europäischen öffentlichen Güter. Das muss sich dann in der Budgetplanung entsprechend spiegeln.

Ich bin zuversichtlich, dass Europa eine große Zukunft vor sich hat – wenn wir daran glauben und etwas dafür tun. Ich stimme Jacques Delors zu, der einmal sagte: „Europa ist gesünder als viele glauben. Die echte Krankheit Europas sind seine Pessimisten.“

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern deutlicher sagen, wie wichtig Europa für unseren Alltag ist. Ich bin davon überzeugt, dass wir so auch die rückwärtsgewandten Thesen der populistischen Parteien und Politik-Vereinfacher entlarven. Und das ist nicht nur Aufgabe der Politikerinnen und Politiker, sondern auch der Vertreter von Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Deshalb finde ich es gut, dass das heutige Future Forum diese Gruppen zusammenbringt, um zusammen über das künftige Europa zu diskutieren.

Schönen Dank!

IV. Zitat Konrad Adenauer

Quelle: <https://www.bpb.de/dialog/europawahlblog-2014/179964/die-europaeische-integration-in-zitaten> (Abrufdatum: 24.11.2018)

"Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle."

Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 15. Dezember 1954.